

Antrag LA: Die Zukunft ist links: demokratisch, antifaschistisch, sozial gerecht und friedlich.

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen

1 ***Die Zukunft ist links: demokratisch, antifaschistisch, sozial gerecht und***
2 ***friedlich.***

3 **1. Gesellschaft im Umbruch - Demokratie in Gefahr**

4 Spätestens mit der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 und ihren Ergebnissen
5 manifestiert sich ein drastischer gesellschaftlicher Umbruch in unserer
6 Gesellschaft. Der Rechtsruck hält unvermindert an. Hass macht sich breit
7 und trifft in Form einer Welle rechter Gewalt besonders von Rassismus
8 betroffene Menschen, Queers und andere marginalisierte Gruppen.

9 Für die Brandenburger Linke waren die Ergebnisse der Bundestagswahl,
10 insbesondere nach der nur wenige Monate zurückliegenden verheerenden
11 Niederlage bei den Landtagswahlen und dem damit verbundenen Ausscheiden
12 aus dem Brandenburger Landtag, dennoch ein wichtiger Erfolg. Die Rückkehr
13 in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke und mit drei Abgeordneten
14 aus Brandenburg wurde hart erkämpft. Aber sie sind kein Selbstläufer – und
15 schon gar kein Garant für künftige Erfolge. Die Ergebnisse der
16 Bürgermeister:innenwahlen im Herbst machen deutlich – Wir haben viel zu
17 tun. Es bedarf weiter erheblicher Anstrengungen, um unsere Position als
18 die soziale Opposition im Land zu stabilisieren und auszubauen.

19 Denn der Zeitgeist ist ohne Zweifel rechts. 2025 kam es in Brandenburg zu
20 einer deutlichen Zunahme rechter Gewalttaten. Überproportional betroffen
21 sind von Rassismus betroffene, die am häufigsten Opfer rechter Gewalt
22 sind. Desweiteren wird auch die gesellschaftliche Linke von rechts
23 angegriffen: linke Jugendclubs, demokratische Veranstaltungen,
24 Wahlkämpfer*innen und Parteibüros der Linken. Besonders schwerwiegend war
25 der Angriff auf das Demokratiefest „Bad Freienwalde ist bunt“ am 15. Juni,
26 bei dem Vermummte mit Schlagwerkzeugen Gäste verletzten und technische
27 Infrastruktur zerstörten. Auch Jugendzentren wie das KLAB in Luckenwalde
28 und der Club Jamm in Senftenberg wurden wiederholt Ziel von Drohungen,
29 Sachbeschädigungen und Einschüchterungen durch militante, oft sehr junge
30 Täter. Linke Wohnprojekte wie Zelle79 in Cottbus erlebten
31 Einschüchterungsversuche, Pflastersteinwürfe und rechte Parolen. Laut
32 Opferperspektive stiegen Angriffe auf politische Gegner:innen um knapp
33 75%, mit einem Höchststand von 66 Übergriffen in einem Jahr. Die Täter

sind häufig jugendlich, handeln organisiert und greifen gezielt Orte der Begegnung und Solidarität an, wodurch ein Klima der Angst und politische Einschüchterung entsteht. Besonders dramatisch ist die Zunahme rassistisch motivierter Angriffe auf Brandenburger*innen mit insgesamt 130 Übergriffen allein im letzten Jahr.

Diese Eskalation verdeutlicht, dass der Einsatz für Demokratie und gesellschaftliche Vielfalt vor rechten Bedrohungen und Gewalt stärker geschützt und gefördert werden muss.

Das weitere Erstarken der rechtsextremen AfD, Regierungskoalitionen, die sich in Bund und Land vor allem darin gefallen, Stimmung gegen von Rassismus betroffene Menschen, Bürgergeldempfänger:innen und die Schwächsten der Gesellschaft zu machen und dabei an den Interessen der Menschen und den realen sozialen Problemen vorbei zu regieren – das alles gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft im Kern.

Wir wenden uns gegen den Missbrauch der Migrationspolitik für die Kriegführung - sowohl was die Versuche betrifft, Flüchtlinge aus der Ukraine an die Front zu schicken, als auch Flüchtlinge aus Syrien in ein immer noch nicht befriedetes Land. Abschiebungen aus Brandenburg in Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete, nach Syrien, nach Afghanistan und in die Ukraine lehnen wir ab!

Das aktuelle Erscheinungsbild der Brandenburger Regierungskoalition ist desaströs - ihr Agieren verantwortungslos. Ministerpräsident Dietmar Woidke fabuliert über eine mögliche Zusammenarbeit mit der AfD, wenn die sich von ihren Extremisten trennt. Das BSW greift den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als eine tragende Säule der Demokratie an und bedient damit letztlich rechte Narrative - wieder einmal. Konkretes Handeln zur Verbesserung der Lebenssituation der Brandenburger*innen - Fehlanzeige. Wer so regiert, zerstört aktiv Vertrauen in Politik und die Handlungsfähigkeit des Staates.

Dass die Regierenden dieses Land wieder kriegstüchtig machen wollen, massive Aufrüstung vorantreiben und junge Menschen mit der Wehrpflicht wieder in den Dienst an der Waffe zwingen wollen, trifft auf unseren entschiedenen Widerstand. Frieden und soziale Sicherheit sind das Gebot der Stunde!

Die Linke beteiligt sich an Friedensdemonstrationen, die vom Bundes- oder Landesvorstand unserer Partei unterstützt werden - Dabei wenden wir uns insbesondere gegen den Ausbau militärischer Infrastrukturen von Bundeswehr und NATO. Wir fördern friedenspolitische Bildungsangebote und unterstützen

kommunale Friedensinitiativen, wie z.B. die Initiative „Bürgermeister für den Frieden.

Die Linke Brandenburg positioniert sich klar gegen die zunehmende Militarisierung unserer Schulen sowie des gesamten Bildungssystems. Alle Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr sind sofort aufzukündigen und jegliche Form von Militärwerbung an Schulen ist zu untersagen.

Menschen, die sich nicht wahr- und ernstgenommen fühlen, wenden sich nicht mehr nur von regierenden Parteien ab, sondern von der Demokratie als System. Eine Partei, die dies ausnutzt, um zu hetzen und den Hass zu schüren und dabei jegliche Grenzen von Anstand und Recht überschreitet, lässt man gewähren. Der Rechtsstaat droht zu versagen, weil Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat aus opportunistischen Erwägungen untätig bleiben und die Anwendung rechtsstaatlicher Mittel – die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD – noch immer verzögern.

Doch es gibt viele Menschen, die diesen Weg nicht mitgehen wollen. Menschen, die aktiv werden und Widerstand leisten gegen die Zerstörung von Demokratie, Rechtsstaat und Vielfalt. Und viele, die lange geschwiegen haben, werden angesichts der wachsenden Gefahr nun selbst aktiv. Über 1.500 von ihnen haben seit Jahresbeginn den Weg in Die Linke gefunden – allein in Brandenburg. Über 60.000 sind es bundesweit. Gemeinsam wollen wir eine demokratische Antwort auf die Bedrohung unserer Gesellschaft von Rechts geben – eine Antwort, die Angst nimmt und Zuversicht gibt. Eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt. Immer gemeinsam, niemals allein!

2. Unsere Antwort: Soziale und ökologische Politik für den Alltag

Immer häufiger legen die Regierenden die Axt an die Wurzel des Sozialstaats. Debatten über Kürzungen beim Bürgergeld, in der Integration, in der Bildung, in der Kinder- und Jugendarbeit bei gleichzeitigen Steuergeschenken für Unternehmen und Superreiche schüren Neid und Angst gleichermaßen. Soziale Politik für den Alltag bedeutet immer auch, ökologische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Denn sozial geht nur ökologisch: Eine gerechte Gesellschaft braucht saubere Luft, gesunde Lebensmittel, bezahlbare Energie und den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Linke verbindet soziale Sicherheit mit Klimaschutz, nachhaltiger Energieversorgung und einer ökologischen Verkehrswende, die allen zugutekommt – nicht nur den Wohlhabenden. Eine solidarische Gesellschaft kann nur auf einem intakten Planeten bestehen. Deshalb

110 verstehen wir ökologische Politik als integralen Bestandteil unseres
111 sozialen Anspruchs.

112 Es ist die Aufgabe des Staates und seiner Institutionen, sicherzustellen,
113 dass alle Menschen ein Leben in Sicherheit und Würde führen können. Dieser
114 Verantwortung werden die Regierungen in Bund und Land nicht mehr gerecht.
115 Ein Umsteuern in zentralen Fragen ist notwendig:

116 **Wohnen für Menschen statt Mieten für Konzerngewinne**

117 Nicht nur im Speckgürtel kennt die Entwicklung der Mieten nur eine
118 Richtung. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, die zu den eigenen
119 Lebensumständen passt, wird immer mehr zum Glücksspiel. Doch das ist kein
120 Naturgesetz. Wohnen darf nicht länger ein Geschäftsmodell für Konzerne
121 sein. Stattdessen brauchen wir eine Stärkung sozialen und gemeinnützigen
122 Wohnungsbaus und wirksame gesetzliche Möglichkeiten zur Unterbindung von
123 Mietwucher und Spekulation. Dafür muss auch das Land die Ausrichtung
124 seiner Wohnungspolitik grundlegend ändern. Unsere kommunalen
125 Mandatsträger:innen kämpfen vor Ort dafür, dass auch die Städte und
126 Gemeinden ihre Handlungsspielräume ausnutzen. Wir fordern:

- 127 • Mieter:innen konsequent schützen! - durch kommunale Mietendeckel, ein
128 Kündigungsverbot für Menschen in sozialen Notlagen und die
129 Verhinderung der Umwandlung von Miet- in Eigentums- oder
130 Ferienwohnungen
- 131 • Oma bleibt hier! - die Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten für
132 Sozialerhaltungssatzungen und ihre Umsetzung in den Kommunen, um
133 Verdrängungsprozesse zu stoppen. Dazu gehört auch ein Recht auf
134 Wohnungstausch ohne Mieterhöhungen – damit Menschen in ihrem Kiez die
135 Wohnsituation an sich ändernde Lebensumstände anpassen können.
- 136 • Kein Bares für Rares! - einen Stopp des Verkaufs öffentlicher Flächen
137 und Gebäude, um ihre Nutzung für sozialen Wohnungsbau und soziale
138 Infrastruktur dauerhaft zu sichern
- 139 • Gewinnsubventionen beenden! - eine Stärkung des gemeinnützigen,
140 kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus durch Bereitstellung
141 von Flächen und die Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung, damit
142 diese ausschließlich diesen Akteur:innen zugute kommt.
- 143 • Freiräume für marginalisierte Gruppen schaffen! Insbesondere
144 sogenannte dritte Räume schaffen, schützen und fördern, sowie
145 Kulturteilhabe für marginalisierte Gruppen ermöglichen.
- 146 • Spezialisierte Beratungsangebote für Betroffene rassistischer,

147 queerfeindlicher und anderer faschistischer Gewalt schaffen,
148 finanzieren und fördern.

149 Wohnen ist ein Grundrecht! Damit das endlich Realität werden kann, suchen
150 wir den Schulterschluss mit den Mietervereinen, lokalen Gruppen und
151 Initiativen und unterstützen ihre Kämpfe vor Ort.

152 **Unsere Bildung – Investition in die Zukunft, kein Kostenfaktor**

153 Aus Sicht der Landesregierung sind Kitas und Schulen vor allem eins – ein
154 lästiger Kostenfaktor. Das hat sie mit ihren Sparvorschlägen zum aktuellen
155 Landeshaushalt im Frühjahr wieder einmal unter Beweis gestellt.
156 Chancengerechtigkeit ist für sie kein Thema. Bildung als
157 Zukunftsinvestition erst recht nicht.

158 Ein deutlicher Beleg dafür ist die fragwürdige - ohne Anhörung erfolgte
159 Ablehnung der breit getragenen und in Rekordzeit erfolgreichen
160 Volksinitiative „Schule satt!“ vom Hauptausschuss des Landtages.

161 Die Quereinsteigerquote bei den Lehrkräften liegt mancherorts vor allem in
162 den ländlichen Regionen Brandenburgs bei 50%. – ohne dass deren
163 Qualifizierung ausreichend und dezentral angeboten wird.

164 Kinder, pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, Lehrkräfte,
165 Schüler:innen und Eltern werden trotz erheblicher Proteste mit ihren
166 Sorgen allein gelassen. Statt für Entlastung zu sorgen, wurde die
167 versprochene Verbesserung des Personalschlüssels in Krippen gestrichen,
168 sollen Lehrer:innen „nicht mehr arbeiten, nur eine Stunde mehr
169 unterrichten.“, meint der Bildungsminister. Zynischer geht es kaum. Wir
170 meinen: gute Bildung ist die wichtigste Investition in unsere Zukunft.
171 Deswegen brauchen wir die besten Lern- und Lehrbedingungen – nicht die
172 billigsten. Wir fordern:

- 173 • Gute Bildung für jedes Kind! Das Recht jedes Kindes auf gute Bildung
174 und Betreuung in einer wohnortnahen Kindertageseinrichtung muss
175 überall in Brandenburg umgesetzt werden. Wir brauchen eine
176 auskömmliche Finanzierung der Kindertagesbetreuung mit einem neuen,
177 rechtssicheren Kitagesetz mit eindeutigen Vorgaben u.a. zu
178 Qualitätsstandards und einer sich am Bedarf der Kinder orientierenden
179 Personalbemessung
- 180 • Eine Bildungsoffensive für Brandenburg! Wir denken Kita und
181 Grundschule gemeinsam, setzen gemeinsames Lernen bis mindestens zur
182 Klasse 9 in der Gemeinschaftsschule um und wollen eine Bauoffensive
183 für Schulzentren

- 184 • Mehr Lehrkräfte statt mehr Wochenstunden! - statt Erhöhungen der
185 Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte die Rücknahme des
186 Einstellungsstopps und Gewährung der Stunden im Förderbereich und für
187 „Gemeinsames Lernen“
 - 188 • Multiprofessionelle Teams statt Ausschluss-Diagnosen! -
189 flächendeckender Einsatz von Schulsozialarbeit und
190 multiprofessionellen Teams aus Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen
191 und Therapeut:innen, die Lehrkräfte entlasten und Kinder und
192 Jugendliche in Problemlagen individuell und wirksam unterstützen
193 sowie Diskriminierung vorbeugen können
 - 194 • Schluss mit Platzmangel! - ein Förderprogramm „Gantagsschulbauten“
195 des Landes, das den Neubau und die Sanierung von Schulen und Kitas
196 für den Ganzttag in den Kommunen bedarfsgerecht ermöglicht und Schule
197 und Kita zu gemeinsamen Lernorten werden lässt
 - 198 • Bessere Betreuung statt Entlassungen! - die Sicherung der aktuell in
199 Kindertageseinrichtungen beschäftigten Fachkräfte auch bei sinkenden
200 Kinderzahlen, um endlich den Betreuungsschlüssels zu verbessern.
201 Nutzen wir die sinkenden Kinderzahlen zum Aufbau der Qualität statt
202 zum Abbau der Plätze und Stellen! Kein:e Erzieher:in darf entlassen
203 werden!
 - 204 • Don't make them hangry^[1]! Die schnellstmögliche Umsetzung einer
205 beitragsfreien Mittagsversorgung in Kitas und Schulen. Kein Kind soll
206 hungrig lernen müssen!
- 207 Diese Forderungen teilen wir mit Lehrkräften, Eltern, Einrichtungsträgern,
208 Sozialverbänden und Gewerkschaften. Gemeinsam mit ihnen werden wir nicht
209 nachlassen, für grundlegende Verbesserungen in der Brandenburger
210 Bildungslandschaft zu kämpfen.
- 211 **Gesundheit – Menschenrecht und keine Ware**
- 212 Bei ihrem Amtsantritt hat die Landesregierung den Erhalt aller
213 Krankenhäuser in Brandenburg versprochen. Das Versprechen hat nicht einmal
214 ein Jahr gehalten. Im Sommer wurde die Schließung des Krankenhauses
215 Wittstock bekanntgegeben. Weitere Standorte der Grundversorgung –
216 insbesondere im ländlichen Raum sind gefährdet. Am Beispiel Wittstock
217 zeigt sich einmal mehr: renditeorientierte Konzerne sind keine
218 verlässlichen Partner für die Organisation einer stabilen
219 Gesundheitsversorgung der Menschen. Die medizinische Versorgung ist Teil
220 der Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand! Gerade auf dem Land
221 entscheidet die Entfernung zur Notaufnahme im Zweifel über Leben und Tod.

222 Eine gute ambulante Versorgung ist notwendig, kann aber die Funktion
223 wohnortnaher Krankenhäuser und medizinischer Notfallversorgung nicht
224 ersetzen. Wir fordern:

- 225 • Krankenhäuser JWD tun ganz doll weh: die Sicherung und den
226 dauerhaften Erhalt aller Krankenhausstandorte in Brandenburg. Dort,
227 wo private Betreiber sich zurückziehen, weil der Profit „nicht mehr
228 stimmt“, müssen Wege gefunden werden, die Standorte in öffentliche
229 Hand zu überführen – ohne die Konzerne auch noch mit einem „goldenen
230 Handschlag“ aus ihrer Verantwortung zu entlassen.
- 231 • Kommunen bei der finanziellen Sicherung und ggf. Übernahme von
232 Standortenzu unterstützen
- 233 • Gemeinsam stärker: Mit regionalen Klinikverbünden unter dem Dach
234 einer Landeskrankengesellschaft auch kleinere Standorte zu
235 stärken und damit die Krankenhäuser in öffentlicher Hand effektiv
236 vernetzen
- 237 • die gezielte und schnelle Bereitstellung von Investitionsmitteln für
238 die Krankenhäuser aus dem Landeshaushalt, um den zukunftsfesten Um-
239 und Ausbau der Krankenhausstandorte zu ermöglichen und Kliniken bei
240 der Erwirtschaftung von Eigenmitteln weiter zu entlasten.
- 241 • Eine gerechte Entlohnung und gesunde Arbeitsbedingungen für
242 Pflegekräfte, damit nicht die im System leiden, die es am Laufen
243 halten.

244 Jede:r Brandenburger:in muss im medizinischen Notfall schnellstmöglich die
245 notwendige Hilfe erhalten – unabhängig davon, ob sie in der Prignitz, in
246 der Uckermark oder in der Lausitz lebt. Weniger ist nicht akzeptabel. Denn
247 Gesundheit ist ein Menschenrecht!

248

249 **3. Wir vor Ort: gemeinsam für soziale Gerechtigkeit**

250 Die Rahmenbedingungen für linke und soziale Politik in Brandenburg sind
251 nicht einfach. Die Niederlage bei der Landtagswahl 2024 hat nicht nur zum
252 Verlust der linken Landtagsfraktion geführt. Sie hat natürlich auch die
253 Reichweite und Wirkmächtigkeit linker Politik erheblich reduziert. Viele
254 Themen von der Sicherung sozialer Infrastrukturen über gute Arbeit bis zu
255 Transparenz und Beteiligung finden im aktuellen Landtag kaum noch statt.
256 Gemeinsam arbeiten wir daran, diese Verluste zu kompensieren. Und wir sind
257 auf einem guten Weg. Trotz der Verluste bei den Kommunalwahlen 2024 sind
258 wir in den meisten Regionen Brandenburgs in den Kreistagen,

259 Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen verankert. Wir
260 stellen Bürgermeister:innen, Ortsvorsteher:innen und eine Landrätin. Die
261 Arbeit und Ansprechbarkeit vor Ort war eine alte Stärke unserer Partei und
262 sie wird nun erneut zu einem zentralen Anker. Dazu kommt eine Vielzahl
263 neuer und engagierter Genoss:innen, die seit Jahresbeginn zu uns gefunden
264 haben und die linke Stimme überall im Land verstärken, häufig auch in
265 Orten, wo seit vielen Jahren kein Gesicht mehr mit der Linken verbunden
266 werden konnte. Nicht selten sind diese Genoss:innen politisch nicht
267 unerfahren – vielleicht bisher nicht in der Partei, aber in zahlreichen
268 anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen aktiv gewesen. Das ist ein
269 riesiges Potenzial. Denn Vertrauen in die Linke entsteht nicht zuletzt
270 durch Verankerung in der Gesellschaft, Vernetzung mit Menschen und
271 persönliches Vertrauen in Menschen, die man kennt und die in und für Die
272 Linke aktiv sind. Darauf bauen wir auf! Die Linke ist und bleibt eine
273 Mitgliederpartei. Unsere Stärke liegt in der Vielfalt, der Energie und dem
274 Kampfgeist der Menschen, die sich bei uns engagieren. Unser Ziel ist es
275 deshalb, 2026 die mitgliederstärkste Partei in Brandenburg zu werden.

276 **Die Linke redet nicht (nur) – Die Linke hilft.**

277 Die Linke entwickelt sich in den vergangenen Monaten mehr und mehr zur
278 Anlaufstelle für Menschen, die im Kampf mit Vermietern, Bürokratie und
279 Anträgen häufig verzweifeln. Sie sehen die Linke als glaub- und
280 vertrauenswürdigen Ansprechpartner, denn sie trauen uns nicht nur zu, ihre
281 Interessen politisch zu vertreten, sondern auch ganz konkret zu helfen.
282 Der Ausbau der Sozial- und Rechtsberatung unter dem Dach von „Die Linke
283 hilft.“ Kommt gut voran und wir werden diese Angebote so weit ausbauen,
284 dass mindestens ein Anlaufpunkt in jedem Kreisverband eine regelmäßige
285 Sozial- und Rechtsberatung anbietet. Dabei stützen wir uns auf die neu
286 gegründeten Landesarbeitsgemeinschaft. Entsprechende Fortbildungs- und
287 Austauschformate müssen entwickelt werden. Informationsmaterial wie z.B.
288 Flyer oder Infotexte auf unseren Websites wollen wir dabei möglichst
289 mehrsprachig anbieten - schließlich haben insbesondere Zugewanderte
290 Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden. Wir begrüßen dabei ausdrücklich,
291 wenn Genoss*innen mehrsprachige Beratung anbieten.

292 Um unsere Angebote und uns selbst als Ansprechpartner:innen vor Ort
293 bekannt zu machen, setzen wir auf den direkten Dialog mit den Bürger:innen
294 als ständiges Werkzeug. Wir werden unsere Haustür- und Gartenzaungespräche
295 auch zwischen den Wahlen fortsetzen. Die Angebote der Sozialberatung, der
296 Mietwucher-App und des Heizkostenchecks sind dafür ein guter
297 Anknüpfungspunkt. Sie sollen vor Ort immer wieder auch mit konkreten

298 Fragestellungen oder Veranstaltungsangeboten verbunden werden. Der
299 Landesverband hat dafür ein Aktionspaket bereitgestellt und wird die
300 Kreisverbände weiter mit Schulungen vor Ort beim Start von Aktionen und
301 der Einführung neuer Mitglieder unterstützen.

302 Wir zeigen: Die Linke ist da und jederzeit ansprechbar – und das ganz
303 unabhängig von Wahlen.

304 **Die Linke – sichtbar und mit neuem Selbstbewusstsein**

305 Mit unseren Themen, unseren Lösungen und konkreter Hilfe im Alltag sind
306 wir als Linke wieder klar erkennbar. Wir sind das Bollwerk gegen den
307 Faschismus und für ein sozial gerechtes Brandenburg! Und darauf
308 fokussieren wir auch unsere Öffentlichkeitsarbeit. Die Themen Wohnen,
309 Gesundheit und Bildung greifen wir immer wieder auf – und brechen sie auf
310 konkrete Problemlagen im Land und in den Kommunen herunter. Gerade weil
311 wir Politik gerade vor allem in den Kommunen gestalten, ist dieser
312 gemeinsame rote Faden für unsere Erkennbarkeit so wichtig.

313 Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen allen, die
314 im Landesverband und in den Kreisen Öffentlichkeitsarbeit betreiben, der
315 LAG Rote Reporter:innen, den Redakteur:innen der Kleinen Zeitungen, der
316 Websites und der Social-Media-Aktiven weiter vertiefen. Insbesondere für
317 die Social-Media-Arbeit müssen wir das Potenzial unserer jungen und neuen
318 Mitglieder noch besser nutzen, um auch ein Publikum außerhalb unserer
319 „Blase“ besser zu erreichen. Das weitgehende Verbot politischer Werbung in
320 den sozialen Medien wird diese Arbeit in den kommenden Monaten noch einmal
321 deutlich verändern und den Fokus noch stärker auf „gute Inhalte“ lenken.
322 Darin liegt gerade für uns auch eine Chance. Dabei geht es zum einen um
323 einen professionellen Auftritt der Partei und ihrer Gliederungen selbst.
324 Dafür stehen mit Lissi und den zentral vorproduzierten Materialien zur
325 Mietenkampagnen oder zu Haustüraktionen gute Werkzeuge zur Verfügung. Zum
326 anderen geht es aber auch darum, anknüpfend an positive Erfahrungen der
327 Bundesebene, gezielt Menschen und ihre Kanäle zu stärken, die in den
328 sozialen Medien linke Inhalte verbreiten und zur Diskussion stellen.

329 **Die Linke – der Aufbruch beginnt mit Dir!**

330 Mit mehr als einem Drittel neuer Mitglieder erleben wir derzeit eine
331 beispiellose Dynamik in unserer Partei. Auch wenn nicht jedes neue
332 Mitglied kontinuierlich aktiv sein kann oder gar Funktionen übernehmen
333 will, ist dennoch jede:r Einzelne ein riesiger Gewinn. Mit ihrem Wissen,
334 ihren Erfahrungen und ihren Ideen verändern sie unsere Partei und bringen
335 uns gemeinsam voran. Sie bringen eine Offenheit und

Diskussionsbereitschaft mit, die unsere Parteikultur – gerade auch bei Themen, die in der Vergangenheit schwierig waren – zum Positiven verändert. Das setzt die Bereitschaft voraus, miteinander und voneinander zu lernen, sich tatsächlich zuzuhören und mit Argumenten auseinanderzusetzen, auch zu unbequemen Themen.

Für diesen so wichtigen Austausch gibt es bereits einige Formate im Landesverband und wir werden weitere etablieren. Mit dem freitäglichen Stammtisch, der im Oktober seine 300. Ausgabe feiern konnte, existiert eine von Mitgliedern um unsere ehemalige Landesvorsitzende Anja Mayer selbstorganisierte Plattform, die sich seit mehr als fünf Jahren wöchentlich einem Thema zuwendet und dabei den Austausch auch über Landesverbandsgrenzen hinweg ermöglicht. Die Aktivenkonferenz im September ermöglichte Bildung, Vernetzung und Austausch sowie eine Vorstellung der Landesarbeitsgemeinschaften. Mit den monatlichen Montagsgesprächen etablieren wir ein Online-Format für die strategische Debatten im Landesverband.

Eine sehr dynamische Entwicklung nehmen aktuell die innerparteilichen Zusammenschlüsse. Eine Vielzahl von Neugründungen bzw. Reaktivierungen zu Themen von Digitalisierung bis Umwelt zeugen von der neuen Lebendigkeit unserer Partei. Der Landesvorstand wird die Zusammenarbeit mit den Landesarbeitsgemeinschaften intensivieren und die dort versammelten Kompetenzen gezielt in seine inhaltliche Arbeit einbeziehen.

Wir stehen vor folgenden Aufgaben:

- den Ausbau der innerparteilichen Bildungsarbeit, u.a. zur Vermittlung von Strukturwissen für Genoss:innen, die bereits Verantwortung in Funktionen übernommen haben oder dies künftig anstreben, Handwerkszeug in der Öffentlichkeitsarbeit und für politische Aktion
- die Etablierung von Austausch- und Debattenformaten, die sowohl inhaltliche und strategische Debatten als auch die intensive Arbeit an Schwerpunkten und Projekten ermöglichen, z.B. in den Montagsgesprächen, mit den Landesarbeitsgemeinschaften sowie zur Programmdebatte im Landesverband und in den Kreisverbänden
- die Durchführung von Aktivenkonferenzen im Land und auf regionaler Ebene, die neben der Vernetzung vor allem die vertiefte Arbeit an einzelnen Schwerpunktthemen und -projekten in intensiverer Form ermöglichen sollen
- die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den landesweiten Zusammenschlüssen durch regelmäßige Treffen mit den LAG-

374 Sprecher:innen und ihre gezielte Einbeziehung in die inhaltliche
375 Arbeit des Landesvorstandes

376 **Strukturen konsolidieren – Aktionsfähigkeit stärken**

377 Der Mitgliederzuwachs auch des Landesverbandes Brandenburg ist sehr
378 erfreulich und er ist die Grundlage für eine lebendige, aktive und starke
379 Linke überall in Brandenburg. Nach Jahren des Substanzverzehr, dem
380 Verlust finanzieller und struktureller Ressourcen ist der Partei-
381 (Wieder)Aufbau unsere zentrale Herausforderung. Es gilt, mit begrenzten
382 Ressourcen unsere öffentliche Wirksamkeit und die Präsenz der Partei zu
383 stärken. Der weitere Partei-Aufbau, die Einbindung und Aktivierung von
384 Mitgliedern kann nur mit handlungsfähigen Kreisverbänden gelingen und
385 einem Landesverband, der die notwendigen Ressourcen zur Unterstützung der
386 Arbeit vor Ort bereitstellen kann.

387 Jede Ausgabe muss darauf geprüft werden, ob sie dem Parteaufbau nützt
388 und/oder unsere öffentliche Wirksamkeit real stärkt. 2026 werden wir einen
389 Haushalt aufstellen müssen, der diese Anforderungen austariert und in die
390 Zukunft weist. Innerhalb des kommenden Jahres müssen im Landesverband und
391 in den Kreisverbänden Maßnahmen weiterentwickelt und umgesetzt werden, mit
392 denen die finanzielle Situation dauerhaft stabilisiert werden kann. Dazu
393 wird die Arbeit der Finanz AG im kommenden Jahr fortgesetzt mit dem Ziel,
394 den Plan der Abführung weiter zu reformieren hin zu einem transparenten
395 System, dass die vorhandenen finanziellen Strukturen konsolidiert und
396 weiterentwickelt. Wir müssen mit begrenzten finanziellen Ressourcen
397 politisch sichtbar und auf kommunaler Ebene auch handlungsfähig bleiben.

398 Zur Finanzierung der Wahlkämpfe 2029 werden wir eine langfristig angelegte
399 Spendenkampagne durchführen. Aus der Wahlkampfkostenrückerstattung werden
400 uns bis 2029 lediglich ca. 83.000,-€ zur Verfügung stehen. Daher sind wir
401 auf erhebliche zusätzliche Mittel angewiesen, um die vor uns liegenden
402 Wahlkämpfe erfolgreich führen zu können. Neben unseren Genoss:innen müssen
403 und können wir auch potenzielle externe Spender:innen gezielt ansprechen.
404 Der Landesverband initiiert dazu eine Kampagne, die darauf ausgerichtet
405 ist, zu kontinuierlichen Spenden zu motivieren. Unser Ziel ist es, ab 2026
406 jährlich bis 2029 mindestens 50.000,- an zusätzlichen Spenden für den
407 Wahlzyklus 2029 einzuwerben. Die Kreisverbände sollen ebenfalls aktiv und
408 regelmäßig um Spenden werben und sich konkrete eigene Spendenziele setzen.
409 Der Schwerpunkt liegt auf Dauerspenden als stabilem Fundament. So schaffen
410 wir die notwendige Grundlage sowohl für die Kommunal- als auch für die
411 Landtagswahlen 2029.

412

413 **4. Die Zukunft ist links**

414 Die Linke hat eine historische Aufgabe. In Deutschland und weltweit
415 erstarken derzeit rechte und extrem rechte Kräfte. Kräfte, die Krieg als
416 Mittel der Politik legitimieren, den Hass auf Menschen, die anders leben,
417 anders aussehen und anders denken, propagieren, die den Klimawandel
418 ignorieren und Egoismus zum höchsten aller Ziele erklären. Von der CDU bis
419 zu den Grünen besorgen inzwischen alle Parteien das Geschäft der rechten
420 Brandstifter. Indem sie ihre Themen übernehmen und sich selbst in einen
421 Überbietungswettbewerb begeben, um sich deren Wähler:innen anzubiedern.
422 Nur: jede einzelne dieser Entwicklungen, die so forciert werden, hat das
423 Potenzial, unsere Gesellschaft und letztlich den Planeten zu zerstören.

424 **Das aber heißt: die Zukunft ist links: demokratisch, antifaschistisch,**
425 **sozial gerecht. Denn sonst gibt es keine!**

426

427 [\[1\]](#) hangy = hungry + angry (hungrig + wütend)